

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 22. Rat 2020-2025 Sitzungsdatum: 08.02.2023 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 08.02.2023

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Oliver Walther versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzungen
 - 1.1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2022
 - 1.2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.12.2022
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.06.2022 aus öffentlicher Sitzung
3. Haushalt 2023
 - 3.1. Haushaltsreden
 - 3.2. Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf
 - 3.3. Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf
 - 3.4. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2023
 - 3.5. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2023
4. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung über die NEW AG und die NEW Smart City an der Stadtentfalter GmbH, der Stadtentfalter Holding GmbH, der Stadtentfalter Erkrath GmbH und der Stadtentfalter Quartiere GmbH
5. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung über die NEW AG und die NEW Smart City an der Stadtentfalter Jüchen GmbH
6. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der NEW Smart City GmbH

7. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der NEW Niederrhein Energie und Wasser GmbH
8. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung der Satzung der NEW AG
9. Neubesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen
hier: Entsendung des Bürgermeisters in den Aufsichtsrat der enwor GmbH
10. Entsendung von Delegierten in die Verbandversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur (WVER)
11. Entsendung von Delegierten in die Verbandversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur (WVER) - Zusammenfassung der Beitragsteileinheiten
hier: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung
12. Wahl einer/ eines Ersten Stadtbeigeordneten (m/w/d)
13. Bericht im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen
14. Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung der Möglichkeiten von Tierbestattungen auf städtischen Friedhöfen
15. Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Endhaltestelle der Linie 723 (Hollandbus)
16. Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung von Gremien
17. Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung der Ausschüsse durch sachkundige Bürger
18. Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung der Ausschüsse durch sachkundige Bürger
19. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 19.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Regenerative Energien und Klimaschutz in Übach-Palenberg
- 19.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 07.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Stadtentwicklung und Grundstücksvergabe in Erbbaurecht
- 19.3. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Umwidmung des Fußball-Trainingsplatzes "In der Schley" in einen öffentlichen Bolzplatz
- 19.4. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Verbesserung des Spielplatzes Selfkantstraße
- 19.5. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Schaf-

fung eines barrierefreien Zugangs an der Esel-Skulptur in Frelenberg

- 19.6. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Anschaffung einer neuen Saftpresse
- 19.7. Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Anschaffung einer mobilen Reinigungsmaschine zur fußläufigen Stadtsäuberung
- 20. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 22. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.06.2022 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 23. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 23.1. Lieferung eines TLF 4000 für die Freiwillige Feuerwehr
 - 23.2. Veräußerung von Teilgrundstücken der Streuobstwiese zwischen Waubacher Weg und Betti-Pötter-Straße
- 24. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 24.1. Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Daniela Altana	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Sven Bildhauer	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Bernhard Brade	parteilos	
Herr Johannes Bröhl	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Frau Claudia Burghardt	SPD (SPD-Fraktion)	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	B90/ Die Grünen (Fraktion B90/ Die Grünen)	ab 18.20 Uhr (TOP 3.1)
Herr Marcel Derichs	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD (SPD-Fraktion)	abwesend während TOP 4 bis 9 (19.43 Uhr bis 19.48 Uhr)
Herr Heinrich-Josef Frings	UWG (UWG-Fraktion)	
Herr Herbert Görtz	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Peter Jung	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Walter Junker	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Frau Doris Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)	abwesend ab Abstimmung zu Nr. 4 unter TOP 4 bis einschl. TOP 7 (19.44 Uhr bis 19.46 Uhr)

Herr Lars Kleinsteuber	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Robert Kohnen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	
Herr Dietmar Lux	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Jens Meyer	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD (SPD-Fraktion)	
Herr Pascal Rick	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	
Herr Gerd Streichert	SPD (SPD-Fraktion)	
Frau Petra Streifels	SPD (SPD-Fraktion)	
Frau Angela Suchan	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)	abwesend während TOP 11 (19.50 Uhr bis 19.52 Uhr)
Herr Josef Switalla	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Wolfgang Tröger	UWG (UWG-Fraktion)	
Herr Jochen Verbeet	FDP (CDU-FDP-Fraktion)	
Herr Hubert Wynands	CDU (CDU-FDP-Fraktion)	

Abwesende Stadtverordnete

Herr Nico Einmahl	SPD (SPD-Fraktion)
Herr Peter Fröschen	CDU (CDU-FDP-Fraktion)
Herr Marco Thielscher	B'90/Die Grünen (Fraktion B'90/Die Grünen)

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Oliver Walther CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtrechtsdirektor Marius Claßen
Herr Technischer Angestellter Achim Engels
Frau Stadtamtsrätin Jutta Gündling
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen
Herr Stadtamtmann Kevin Hermanns
Herr Technischer Angestellter Robert Mittelstädt
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Technischer Angestellter Peter Steingass

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Walther stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die Zuschauer.

Insbesondere begrüßte er Herrn Wolfgang Tröger als neuen Stadtverordneten als Nachfolger der ausgeschiedenen Stadtverordneten Weinhold und hieß ihn willkommen. Er erklärte, dass keine Verpflichtung erfolgen müsse, da Herr Tröger bereits als sachkundiger Bürger verpflichtet worden sei.

Bürgermeister Walther wies darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 02.02.2023 darum gebeten habe, dass der Rat über die Angelegenheit „Veräußerung von Teilstücken der Streuobstwiese zwischen Waubacher Weg und Betti-Pötter-Straße“ entscheide und insofern die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil erweitere. Er stellte dies zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um Punkt 23.2 „Veräußerung von Teilstücken der Streuobstwiese zwischen Waubacher Weg und Betti-Pötter-Straße“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Walther nahm Bezug auf das tragische Erdbebenunglück in der türkisch-syrischen Grenzregion und bat die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzungen**

1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 23.11.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

1.2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.12.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 21.12.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.06.2022 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 08.06.2022 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Haushalt 2023

3.1 Haushaltsreden

Die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen sind als Anlagen der Niederschrift beigefügt. Der fraktionslose Stadtverordnete Brade verzichtete auf das Halten einer eigenen Haushaltsrede.

Eine Aussprache im Anschluss an die Haushaltsreden ergab sich nicht.

3.2 Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf

Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf lagen nicht vor.

3.3 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf

Vor Einstieg in diesen Tagesordnungspunkt unterbrach **Bürgermeister Walther** die Sitzung für 10 Minuten (18.50 Uhr bis 19.00 Uhr).

Die seitens der Fraktionen eingereichten Änderungsanträge sind als Anlagen der Niederschrift beigefügt.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Walther** teilte die **SPD-Fraktion** mit, dass über ihre Änderungsanträge einzeln abgestimmt werden solle.

Bürgermeister Walther rief somit die Änderungsanträge einzeln auf, stellte sie zur Diskussion und ließ anschließend über sie abstimmen:

Änderungsantrag 1 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Neu: Städtisches Aufforstungsprogramm	0	35.000	-35.000	Aufforstung freier Flächen innerhalb des Stadtgebietes als Maßnahme des Stadtklimaschutzes. Ein Ratsbeschluss vom 18. August 2022 muss noch umgesetzt werden, die nicht verausgabten Mittel des Vorjahres müssen in diesem Jahr neu eingeplant werden. Eine Erweiterung dieser Maßnahme in Abstimmung mit unserem Klimaschutzmanager Herrn Mittelstedt wäre wünschenswert.

Abstimmungsergebnis:

Antrag einstimmig angenommen.

Änderungsantrag 2 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Maßnahmen des Klimaschutzmanagements 010502 1401-001	36.760	70.000	-33.240	Städtischer Klimafonds: Der Ansatz 010502 Maßnahmen des Klimaschutzmanagers soll i.H.v. 36.760 Euro soll auf 70.000 erhöht werden. Dieser Fonds soll finanzielle Anreize bieten ökologische und energetische Maßnahmen im privaten Raum zu verwirklichen.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 3 der SPD-Fraktion:

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wies darauf hin, dass sie einen gleichlautenden Antrag allerdings mit einer Summe in Höhe von 80.000 € gestellt habe. Sie könne sich aber mit der von der SPD-Fraktion genannten Summe in Höhe von 60.000 € einverstanden erklären und ziehe ihren eigenen Antrag entsprechend zurück.

Antrag:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Produkt 02 Sicherheit und Ordnung Privater Sicherheitsdienst	100.000	40.000	60.000	Reduzierung des Sicherheitsdiensts zu Gunsten Personalverstärkung im Ordnungsamt. Restmittel können verwendet werden um Aufgaben bei speziellen Veranstaltungen (Kaiser-Karls-Fest etc.) oder Gegebenheiten abzusichern.
Produkt 02 Sicherheit und Ordnung Personalaufwendungen	798.041	858.041	- 60.000	Zusätzlicher Mitarbeiter im Ordnungsamt. Ein Außendienstler, der mit seiner Amtsautorität eingreifen kann, ist im Vergleich zur Inanspruchnahme eines privaten Sicherheitsdienst die bessere Lösung. Nach Beendigung des Personaleinsparkonzeptes ist dies zudem eine wirtschaftliche und nachhaltige Lösung, da auch zukünftig ausreichend Personal vorgehalten werden muss.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 4 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Produkt 01 Produktgruppe 0105 Baumanagement Personalaufwendungen			-90.000	Zusätzliche Mitarbeiter im FB6 Hoch- und Tiefbau. Der Instandhaltungs- und Investitionsstau ist immens. Das Team leistet sehr gute Arbeit, kann aber die Projekte mangels

				Personal nicht umsetzen. Es bedarf einer personellen Aufstockung des FB 6. Dass Maßnahmen, deren Durchführung aus eigenen gesicherten Finanzmitteln oder gar Fördergeldern nicht durchgeführt werden, muss verhindert werden.
--	--	--	--	---

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 5 der SPD-Fraktion:

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wies darauf hin, dass sie grundsätzlich einen gleichlautenden Antrag gestellt habe, allerdings mit dem Unterschied, die Maßnahme zunächst zu schieben und nicht komplett zu streichen.

Die SPD-Fraktion erklärte, sie sei für eine Komplettstreichung, allerdings entscheide man heute ja ohnehin nur über das Haushaltsjahr 2023.

Antrag:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Wohnmobilstellplatz Marienberg 120101	120.000	0	-120.000	komplette Streichung

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 6 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
NEU: Neubau eines Sportplatzes auf dem Trainingsgelände in Scherpenseel	Im aktuellen Haushaltsentwurf sind pauschal 500.000 € für "Instandsetzungen an	-1.200.000	-1.200.000	Der Fußballverein SV 1909 Scherpenseel ist mit 13 aktiven Mannschaften und 445 Mitgliedern der größte Fußballverein unserer

	<p>Sportplätzen" eingeplant. Werden die Neubauten umgesetzt, soll dieser Betrag zielgerichtet für die überfälligen Instandsetzungsarbeiten auf dem Gelände des TuS 09 Rot Weiß Frelenberg (kurzfristige Erhaltung des Trainingsplatzes, Energetische Modernisierung der Flutlichtanlage...) und aktuell dringliche Reparaturen an den vorhandenen Vereinsheimen aller Sportvereine umgesetzt werden.</p>		<p>Stadt. Mit zehn Jugendmannschaften leistet er gerade im Bereich der Nachwuchsförderung von Kindern und Jugendlichen hervorragende Arbeit. Der langfristige Bedarf zweier Plätze ist hier gegeben. Auf der Fläche des Trainingsplatzes soll ein neuer moderner Sportplatz entstehen. Der aktuelle Trainingsplatz ist in einem desolaten Zustand, birgt das Risiko von Sportunfällen und Verletzungen. Die Pflege und der Reparaturaufwand ist in den vergangenen Jahren auf Grund der vielen Mängel stark angewachsen und belastet die Stadtkasse. An dieser Stelle ist Handeln geboten, da die Instandsetzungsmaßnahmen den Haushalt jedes Jahr belasten und nicht mehr wirtschaftlich vertretbar sind.</p> <p>Einkalkuliert werden müssen die jährliche Kredittilgung und AFA --> mit dem zusätzlichen Haushaltsüberschuss - siehe oben - abgedeckt.</p>
--	--	--	---

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 7 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
NEU: Neubau eines Sportplatzes auf dem Gelände des VFL Boscheln	0	-1.200.000	-1.200.000	Der VFL Boscheln fühlt sich in der Lage, langfristig seinen Spielbetrieb mit einem Spielfeld zu sichern. Voraussetzung ist allerdings der Neubau eines modernen Sportplatzes. Hier bietet sich nun die einzigartige Chance auf der zukünftig nicht mehr benötigten Fläche ein kleines Wohngebiet zu erschließen. Neben dem positiven Aspekt für die Wohnraumentwicklung im Stadtteil Boscheln ist es möglich kostenneutral den Sportplatz zu errichten. Die Erträge aus der Vermarktung der Grundstücke liefern den Deckungsbeitrag für die Investitionen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 8 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
NEU: Wohnraumentwicklung auf dem jetzigen Rasenplatz in Boscheln	0	1.500.000	1.500.000	10.800 qm reine Spielfläche als Wohngebiet. Kalkuliert mit einem Verkaufspreis von 140 €

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Antrag somit abgelehnt.

Änderungsantrag 9 der SPD-Fraktion:

Haushaltsposten	Veranschlagung im HH	HH neu	Differenz	Verwendung
Produkt 150101 Erwerb von allgemeinen Grundstücken	2.420.000	1.920.000	500.000	Streichung der Position "Erwerb von Grundstücken "Auf der Höhe"

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

Antrag somit abgelehnt.

Anschließend rief **Bürgermeister Walther** die Änderungsanträge der CDU-FDP-Fraktion auf. Es wurde vereinbart, dass zunächst die beiden Ausgabepositionen zur Abstimmung gestellt werden und sofern diese beschlossen werden anschließend die Deckungsvorschläge.

Änderungsantrag 1 der CDU-FDP-Fraktion:

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erklärte, sie stimme dem Antrag zu, sofern direkt in eine konkrete Planung eingestiegen werde und nicht zunächst in eine Potentialanalyse. Sie verwies in dem Zusammenhang auf ihren Antrag, der mit der genannten Änderung inhaltlich gleichlautend sei. Die CDU-FDP-Fraktion erklärte, dem könne sie folgen.

Antrag:

Es werden 200.000 € zur Planung der Errichtung einer Bürgergenossenschaft zum Betrieb eines Windparks in den Haushalt 2023 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Änderungsantrag 2 der CDU-FDP-Fraktion:

Die CDU-FDP-Fraktion beantragt die Einstellung von 25.000 € in den Haushalt 2023, um Mini-Photovoltaik-Anlagen, d. h. sogenannte Balkonkraftwerke, zu fördern. Zur Umsetzung der Förderung soll die Verwaltung Förderrichtlinien erarbeiten, mit denen eine unbürokratische Förderung von 150,00 € pro Anlage erreicht werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Änderungsantrag 3 der CDU-FDP-Fraktion:

Zur Deckung der unter Änderungsantrag Nr. 1 beschlossenen Ausgaben (200.000 €) wird der Haushaltsansatz „Grundstücksankäufe“ um 200.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Änderungsantrag 4 der CDU-FDP-Fraktion:

Die CDU-FDP-Fraktion wies darauf hin, dass sie entgegen ihres eingereichten Antrages aufgrund der Haushaltssystematik zur Deckung einen Betrag aus dem Haushaltsansatz „Miete Heizungsanlage CMC“ vorschläge.

Antrag:

Zur Deckung der unter Änderungsantrag Nr. 2 beschlossenen Ausgaben (25.000 €) wird der Haushaltsansatz „Miete Heizungsanlage CMC“ um 25.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass für den angenommenen Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Städtisches Aufforstungsprogramm“ noch keine Deckung beschlossen worden sei und schlug insoweit vor, diese ebenfalls über den Haushaltsansatz „Miete Heizungsanlage CMC“ zu bestreiten.

Beschluss:

Zur Deckung der unter Änderungsantrag Nr. 1 der SPD-Fraktion beschlossenen Ausgaben (35.000 €) wird der Haushaltsansatz „Miete Heizungsanlage CMC“ um 35.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nahm Bezug auf ihre Anträge. Diese seien

inhaltlich bereits behandelt worden. Einer Abstimmung bedarf es hierzu somit nicht mehr. Bezugnehmend auf ihre Haushaltsrede wolle sie jedoch noch das Thema Sportplätze aufgreifen. Um mögliche Ergebnisse aus dem runden Tisch zum Thema Fußballplätze schon in 2023 umsetzen zu können, sollten hierfür vorsorglich auch bereits 500.000 € im investiven Bereich angesetzt werden. Als Kompensation könnten hierfür 500.000 € weniger für den Grundstückserwerb angesetzt werden.

Die **CDU-FDP-Fraktion** sprach sich gegen diesen Vorschlag aus, da zunächst das Ergebnis des runden Tisches abgewartet werden sollte. Mit diesem Ergebnis müsse dann erstmal in Planung eingestiegen werden. Hierfür dürften die bereits angesetzten konsumtiven Mittel in Höhe von 500.000 € für das Jahr 2023 ausreichen.

Die **SPD-Fraktion** sprach sich für den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus, damit der runde Tisch 2023 nicht ins Leere laufe.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Im investiven Bereich wird ein Haushaltsansatz in Höhe von 500.000 € eingestellt, um die Ergebnisse des runden Tisches zum Thema Fußballsportplätze umsetzen zu können. Zur Deckung wird der Haushaltsansatz „Grundstücksankäufe“ um 500.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

Abschließend ließ **Bürgermeister Walther** über die Änderungstabelle der Verwaltung vom 20.01.2023 abstimmen. Es bestand Einigkeit, dass über diese en bloc abgestimmt werde.

Beschluss:

Die Änderungen zum Haushaltsentwurf 2023 gemäß Änderungstabelle der Verwaltung vom 20.01.2023 werden beschlossen (die Änderungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.4 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2023

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie vor dem Hintergrund, dass ihre entsprechenden Änderungsanträge zum Haushalt abgelehnt worden seien, sie dem vorliegenden Stellenplan nicht zustimmen können.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, sie werde für den vorliegenden Stellenplan stim-

men, da dieser dem Zeitgeist entspreche.

Beschluss:

Dem als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2023 wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen

14 Nein-Stimmen

3.5 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2023

Bürgermeister Walther stellte den Entwurf der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der unter Tagesordnungspunkt 3.3 beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, dass sie, auch wenn nicht alle ihre Änderungsanträge eine Mehrheit gefunden haben, zustimmen werde. Es habe einen demokratischen Abstimmungsprozess gegeben und im Kern unterstütze sie den vorliegenden Haushaltsentwurf.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, da lediglich einer ihrer Änderungsanträge Berücksichtigung gefunden habe, werde sie dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Beschluss:

**Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 wird wie folgt beschlossen:
Im Ergebnisplan mit**

- Gesamtbetrag der Erträge	78.386.417 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	78.386.417 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	67.080.024 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	70.821.522 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.703.380 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	14.353.710 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.500 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.049.427 €

Gesamtbetrag der Investitionskredite 0 €

Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 18.821.350 €

Verringerung der allgemeine Rücklage 0 €

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung 24.000.000 €

Steuersätze

Grundsteuer A 300 v.H.

Grundsteuer B 680 v.H.

Gewerbesteuer 475 v.H.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

- 4 **Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG**
hier: Beteiligung über die NEW AG und die NEW Smart City an der Stadtentfalter GmbH, der Stadtentfalter Holding GmbH, der Stadtentfalter Erkrath GmbH und der Stadtentfalter Quartiere GmbH
-

Beschluss:

1. Der Beteiligung der NEW Smart City GmbH an der Stadtentfalter Holding GmbH durch die Übernahme eines Geschäftsanteils mit einem Nennbetrag in Höhe von 25.000 € (entspricht 50 %) zu einem Kaufpreis von 25.000 € sowie dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Der Umfirmierung der Stadtentfalter GmbH in Stadtentfalter Seestadt mg+, die Einbringung in die Stadtentfalter Holding GmbH sowie dem geänderten Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt (Anlage 2 + 3) (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Gründung der Stadtentfalter Erkrath GmbH als Tochtergesellschaft der Stadtentfalter Holding GmbH wird gemäß dem als Anlage 4 beigefügten Gesellschaftsvertrag zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Der Gründung der Stadtentfalter Quartiere GmbH als Tochtergesellschaft der Stadtentfalter Holding GmbH gemäß dem als Anlage 5 beigefügten Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 5 **Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG**
hier: Beteiligung über die NEW AG und die NEW Smart City an der Stadtentfalter Jüchen GmbH
-

Beschluss:

1. Der Gründung der Stadtentfalter Jüchen GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 € durch die NEW Smart City GmbH sowie dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) wird zugestimmt (die Anlage ist Bestand-

teil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Dem Anteilsverkauf und der Anteilsabtretung von 50 % der Anteile an der Stadtentfalter Jüchen GmbH an die Stadt Jüchen zu einem Nominalwert in Höhe von 12.500 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**6 Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der NEW Smart City GmbH**

Beschluss:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der NEW Smart City GmbH entsprechend der beigefügten Synopse wird zugestimmt (die Synopse ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH und in der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, die Änderungen kurzfristig bei den nächsten Gesellschafterversammlungen zu beschließen.
3. Die Aufsichtsratsmitglieder der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**7 Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der NEW Niederrhein Energie und Wasser GmbH**

Beschluss:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der NEW Niederrhein Energie und Wasser GmbH entsprechend der beigefügten Synopse wird zugestimmt (die Synopse ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH und in der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, die

Änderungen kurzfristig bei den nächsten Gesellschafterversammlungen zu beschließen.

3. Die Aufsichtsratsmitglieder der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 8 **Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Anpassung der Satzung der NEW AG**
-

Beschluss:

1. Die Satzungsänderung der NEW AG entsprechend der beigefügten Synopse wird zugestimmt (die Synopse ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH und in der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, die Änderungen kurzfristig bei den nächsten Gesellschafterversammlungen zu beschließen.
3. Die Aufsichtsratsmitglieder der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 9 **Neubesetzung von Gremien in Unternehmen oder Einrichtungen
hier: Entsendung des Bürgermeisters in den Aufsichtsrat der enwor GmbH**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg entsendet Herrn Bürgermeister Oliver Walther in den Aufsichtsrat der enwor – energie & wasser vor ort GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Entsendung von Delegierten in die Verbandversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur (WVER)

Bürgermeister Walther wies darauf hin, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu Nummer 1 folgende Wahlvorschläge abgegeben worden seien: seitens der CDU-FDP-Fraktion Stadtverordneter Jens Meyer, seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Stadtverordnete Angela Suchan, seitens der SPD-Fraktion Stadtverordneter Alf-Ingo Pickartz.

Weitere Vorschläge gab es nicht.

Bürgermeister Walther stellte insofern diese 3 Wahlvorschläge zu Nr. 1 wie folgt zur Abstimmung:

Beschluss:

Als Vertreter/in der Stadt Übach-Palenberg in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur wird folgende Person entsandt:

Wahlvorschlag der CDU-FDP-Fraktion Jens Meyer

Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Angela Suchan

Wahlvorschlag der SPD-Fraktion Alf-Ingo Pickartz

Hierbei entfielen 16 Stimmen auf den Wahlvorschlag der CDU-FDP-Fraktion, 4 Stimmen auf den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 10 Stimmen auf den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion. Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen gab es nicht.

Somit wurde Stadtverordneter Jens Meyer als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur gewählt.

Anschließend ließ **Bürgermeister Walther** über den Verwaltungsvorschlag zu Nr. 2 abstimmen.

Beschluss:

Als weiterer Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur wird Bürgermeister Oliver Walther (Verwaltungsvorschlag) entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 **Entsendung von Delegierten in die Verbandversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur (WVER) - Zusammenfassung der Beitragsteileinheiten hier: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung**

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 17.01.2023 betr. Entsendung von Delegierten in die Verbandversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur, hier: Zusammenfassung der Beitragsteileinheiten wird genehmigt (die Dringlichkeitsentscheidung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 **Wahl einer/ eines Ersten Stadtbeigeordneten (m/w/d)**

Stadtoberverwaltungsrat Schröder verließ zu diesem Tagesordnungspunkt die Verwaltungsbank und nahm im Zuschauerbereich Platz.

Die Nachfrage von **Bürgermeister Walther**, ob eine Aussprache zu diesem Punkt gewünscht werde, wurde seitens der Fraktionen verneint.

Bürgermeister Walther nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage, wies darauf hin, dass von den eingegangenen Bewerbungen lediglich ein Bewerber die gesetzlichen Voraussetzungen des § 71 Abs. 3 GO NRW erfülle und fragte an, ob eine weitere Vorstellung dieses Bewerbers gewünscht werde. Auch dies wurde seitens der Fraktionen verneint.

Seitens der **CDU-FDP-Fraktion** wurde Herr Thomas Schröder für die Wahl zum Ersten Stadtbeigeordneten vorgeschlagen. Weitere Wahlvorschläge gab es nicht.

Bürgermeister Walther stellte somit folgenden Wahlvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Gemäß § 71 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in ihrer derzeitigen Fassung wird Herr Thomas Schröder mit Wirkung vom 01.06.2023 für die Dauer von acht Jahren zur bzw. zum Ersten Stadtbeigeordneten der Stadt Übach-Palenberg gewählt.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimmen (somit einstimmig)

Bürgermeister Walther stellte fest, dass somit Thomas Schröder mit Wirkung vom 01.06.2023 zum Ersten Stadtbeigeordneten der Stadt Übach-Palenberg gewählt wurde.

13 Bericht im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen

Kämmerer Beeck wies darauf hin, dass es sich bei der vorliegenden Aufstellung um eine stichtagsbezogene Auswertung handele. Die hierin enthaltenen noch nicht verausgabten Erträge können und werden auch noch bis Ende dieses Jahres 2023 entsprechend verausgabt.

14 Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Prüfung der Möglichkeiten von Tierbestattungen auf städtischen Friedhöfen

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, sie unterstütze den vorliegenden Prüfauftrag.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie wolle einem Prüfergebnis nicht vorgreifen, sehe die Mischung auf einem städtischen Friedhof jedoch eher kritisch. Natürlich wäre es gut, wenn Haustierbesitzer ohne Garten eine Möglichkeit hätten, ihre Tiere zu betrauern, aber vielleicht finde sich hierfür eine bessere Lösung wie zum Beispiel eine Baumspende.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, ihr gefalle die Idee des vorliegenden Antrages und sie werde insofern den Prüfauftrag unterstützen. Sie halte jedoch eine generelle Überarbeitung des Friedhofmanagements für wünschenswert.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo und wie auf städtischen Friedhöfen die Anlegung von Bereichen zur Tierbestattung ermöglicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

**24 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

15 Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Änderung der Endhaltestelle der Linie 723 (Hollandbus)

Die **SPD-Fraktion** wies darauf hin, dass es seltsam sei, damals mehrheitlich die jährliche Unterstützung in Höhe von 800 € für den Hollandbus versagt zu haben und jetzt mehr Leistung zu wünschen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Linie 723 (Hollandbus) bis zum Einkaufszentrum Magnuspark verlängert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 **Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung von Gremien**

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass für den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der CMC GmbH ein Stellvertreter zu bestellen sei.

Daraufhin ergänzte die **UWG-Fraktion** ihren Antrag und schlug hierfür Stadtverordneten Heinrich-Josef Frings vor.

Bürgermeister Walther stellte dies mit zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Als Nachfolger für die ausgeschiedene Stadtverordnete Corinna Weinhold wird Stadtverordneter Heinrich-Josef Frings als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH entsandt.
2. Als Nachfolger für die ausgeschiedene Stadtverordnete Corinna Weinhold wird Stadtverordneter Wolfgang Tröger als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der CMC GmbH entsandt. Als sein Stellvertreter wird Stadtverordneter Heinrich-Josef Frings bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

17 **Antrag der UWG-Fraktion vom 02.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung der Ausschüsse durch sachkundige Bürger**

Beschluss:

1. Der bisherige Vertreter im Rechnungsprüfungsausschuss, Herr Ralf Gottschlich übernimmt die Position als Stellvertreter im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales (statt Irene Frings).
2. Die Position als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss übernimmt Frau Angela Gerrist (statt Ralf Gottschlich).
3. Die Position als stellvertretendes Mitglied im Wahlprüfungsausschuss bleibt unbesetzt; Herr Jörg Zündorf ist aus der UWG ausgeschieden.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Walther beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

18 Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Neubesetzung der Ausschüsse durch sachkundige Bürger

Beschluss:

Die bisherige Stellvertreterin im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales Irene Frings übernimmt die Position von Wolfgang Tröger als sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Walther beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.

19 Erweiterungen zur Tagesordnung

19.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Regenerative Energien und Klimaschutz in Übach-Palenberg

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** wies darauf hin, dass den Anwesenden der Antrag wahrscheinlich bekannt vorkomme, da sie bereits einen ähnlichen in der Vergangenheit gestellt habe. Die Zeit sei nun reif, Akzente zu setzen.

Die **CDU-FDP-Fraktion** unterstützte dies. Zu Nummer IV. des vorliegenden Antrages habe sie jedoch einen Änderungsantrag, den sie verlas (der Änderungsantrag ist als Anlage der Niederschrift beigefügt). Mit dieser Änderung werde sie für den vorliegenden Antrag stimmen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie habe den Antrag der Grünen bereits damals schon unterstützt und werde dies auch jetzt tun. Sie nahm Bezug auf ihren damals leider abgelehnten Antrag, in Neubaugebieten künftig eine Zisternenpflicht einzuführen und schlug vor, dies nun mit in den Beschluss aufzunehmen.

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag der SPD-Fraktion betr. Zisternenpflicht nicht abgelehnt, sondern die Verwaltung mit einer entsprechenden Prüfung beauftragt worden sei.

Es wurde sich darauf verständigt, dieses Prüfergebnis abzuwarten und über die Einführung einer Zisternenpflicht gesondert zu beschließen.

Bürgermeister Walther stellte somit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit der Änderung unter Nummer IV gemäß dem Antrag der CDU-FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

- I. Die Stadt Übach-Palenberg nutzt alle zur Verfügung stehenden und baulich geeigneten städtischen Dachflächen zur Dachbegrünung und/oder für die Eigennutzung regenerativer Energien im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.
- II. Die Stadt Übach-Palenberg fordert alle gewerblichen Betreiber im Stadtgebiet auf, ihrem Beispiel zu folgen und bietet ideelle Unterstützung an.
- III. Bei allen Neubauten sollen Flachdächer von Garagen und Gartenhäusern begrünt sein.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratssitzung den Entwurf einer kommunalen Satzung zur Einführung einer Pflicht zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf für eine Solarnutzung geeigneten Dachflächen beim Neubau von Wohngebäude und Nichtwohngebäude sowie bei grundlegenden Dachsanierungen von Gebäuden vorzubereiten.
Dabei soll Folgendes berücksichtigt werden:
 - Auf 60 % der für eine Solarnutzung geeigneten Fläche ist eine PV-Anlage zu installieren
 - Ersatzweise kann eine Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung auch auf Außenflächen des Gebäudes oder in dessen unmittelbarer räumlichen Umgebung installiert und der hierdurch in Anspruch genommene Flächenanteil auf die Pflichterfüllung angerechnet werden.
 - Ersatzweise kann eine solarthermische Anlage mit gleichwertigem Leistungsertrag zur Wärmeerzeugung auf der für eine Solarnutzung geeigneten Dachfläche, auf Außenflächen des Gebäudes oder in dessen unmittelbarer räumlichen Umgebung installiert und der hierdurch in Anspruch genommene Flächenanteil auf die Pflichterfüllung angerechnet werden.
 - Besteht eine öffentlich-rechtliche Pflicht zur Dachbegrünung, so ist diese Pflicht bestmöglich mit der PV-Pflicht in Einklang zu bringen.
 - Die PV-Pflicht soll entfallen, soweit ihre Erfüllung
 - anderen öffentlich-rechtlichen Pflichten widerspricht,
 - im Einzelfall technisch unmöglich ist, oder
 - im Einzelfall wegen besonderer Umstände durch einen unverhältnismäßig hohen Mehraufwand oder in sonstiger Weise zu einer unbilligen Härte führen würde. Die Entscheidung über diese Ausnahme obliegt dem Rat in jedem Einzelfall.
 - Die PV-Pflicht entfällt für
 - Behelfsbauten und untergeordnete Gebäude sowie
 - fliegende Bauten.
- V. Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Eigentümern von Flächen mit Eignung für Solarparks (Freiflächenphotovoltaikanlagen) Gespräche zu führen, Optionen aufzuzeigen und auf eine Lösung zu drängen.
 - a. Die Zechenhalde bietet sich, neben anderen, als Solarpark an, der gegebenenfalls ohne Einspeisung die Gewerbetreibenden in Weißenhaus und Holthausen direkt versorgen kann.
 - b. Zu prüfen sind ebenfalls die Finanzierungsmöglichkeiten unter Be-

teiligung der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

19.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 07.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Stadtentwicklung und Grundstücksvergabe in Erbbaurecht

Die **SPD-Fraktion** wies darauf hin, dass es hierzu bereits eine Beschlusslage aus dem Jahr 2020 gebe. Hierzu stehe das Prüfergebnis noch aus.

Die **CDU-FDP-Fraktion** erklärte, dann könne man mit der Beschlussfassung zu vorliegendem Antrag noch einmal Dampf machen.

Beschluss:

- I. Die Verwaltung wird aufgefordert:
 - a. Die rechtlichen Hürden und den externen Beratungsbedarf zum Erbbaurecht zu prüfen bzw. zu ermitteln.
 - b. Für das weitere strategische Vorgehen in Bezug auf unterschiedliche Grundstücksarten und Bewerbergruppen sowie die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen entsprechende Regelungen zu erarbeiten.
 - c. Exemplarisch eine Kalkulation anhand einer Fläche von 80m x 120 m durchzuführen.
 - d. Die Verwaltung trägt spätestens im dritten Quartal vor.

- II. Bei städtischen Einfamilienhausgrundstücken sollen die Bewerber zwischen Kauf und Erbpachtvergabe wählen können. Optional können in größeren Baugebieten Baufelder für Einfamilienhäuser eingeplant werden, die nur im Wege des Erbbaurechts erhältlich sind.
Die Ausweisung, ob es sich jeweils um Einfamilienhausgrundstücke für die Vergabe eines Erbbaurechtes oder zum Kauf handelt, erfolgt mit dem jeweiligen Vermarktungsbeschluss zu einem Baugebiet und wird den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

- III. Nach erfolgter Beratung sollen innerstädtische Grundstücke und Grundstücke mit besonderer städtebaulicher sowie strategischer Relevanz zukünftig vorrangig in Erbbaurecht vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.3 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Umwidmung des Fußball-Trainingsplatzes "In der Schley" in einen öffentlichen Bolzplatz

Beschluss:

Der bisher vom SV Marienberg als Trainingsplatz genutzte Sportplatz „In der Schley“ wird in erforderlichem Maße in einen frei zugänglichen „Bolzplatz“ umgewidmet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.4 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Verbesserung des Spielplatzes Selfkantstraße

Die **SPD-Fraktion** zeigte sich irritiert, dass ein solcher Antrag nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt worden sei, da es hier um konkrete Investitionen gehe.

Seitens der **CDU-FDP-Fraktion** wurde der Antrag in einen Prüfauftrag umformuliert. Das Prüfergebnis solle im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Spielplatz an der Selfkantstraße in Marienberg baldmöglichst weiter attraktiviert werden kann. Das Prüfergebnis soll im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.5 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Schaffung eines barrierefreien Zugangs an der Esel-Skulptur in Frelenberg

Beschluss:

Es soll ein barrierefreier Zugang zur Esel-Skulptur im Stadtteil Frelenberg geschaffen werden, damit Menschen, die im Rollstuhl sitzen bzw. auf einen Rollator angewiesen sind oder Eltern mit Kinderwagen ein problemloser Zugang ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.6 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Anschaffung einer neuen Saftpresse

Die **SPD-Fraktion** wies darauf hin, dass der NABU über eine Saftpresse verfüge, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden könne. Weiterhin sah sie die Intention, die Saftpresse auch an Parteien und Wählergruppen ausleihen zu wollen, als problematisch an, da dies ggf. als Parteienfinanzierung ausgelegt werden könnte.

Beschluss:

Die Verwaltung möge die Anschaffung einer neuen modernen Saftpresse, die fraktionsübergreifend den Parteien bzw. Wählergemeinschaften und auch den Vereinen für „Saftpress-Aktionen“ im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden soll, prüfen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

19.7 Antrag der CDU-FDP-Fraktion vom 26.01.2023 gem. § 4 GeschO betr. Anschaffung einer mobilen Reinigungsmaschine zur fußläufigen Stadtsäuberung

Beschluss:

Die Stadtverwaltung prüft, ob für den Technischen Betrieb die Anschaffung einer Maschine zur fußläufigen Säuberung von Wegen und Plätzen angeschafft werden sollte und stellt das Prüfergebnis in der Sitzung des BO-Ausschusses im März 2023 vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20 Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer Beeck wies darauf hin, dass sich hierbei um eine stichtagsbezogene Auswertung zum 31.12.2022 handele.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

21 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Verwaltung berichtete über die positive Resonanz auf das neu gestaltete Konzept zum Bürgerempfang. Vor diesem Hintergrund werde man wohl auch künftig an

diesem Konzept festhalten.

Anfrage

Anfrage der CDU-FDP-Fraktion:

Auf Nachfrage der **CDU-FDP-Fraktion** teilte die Verwaltung mit, dass sie, nachdem sie Kenntnis darüber erlangt hatte, dass in Alsdorf und in Baesweiler eine unbekannt Person Kinder an den Schulen angesprochen haben soll, Kontakt zu den hiesigen Schulleitungen und der Polizei aufgenommen habe. Bisher sei kein Vorfall in Übach-Palenberg bekannt, aber die Schulen seien entsprechend sensibilisiert. Seitens des Ordnungsamtes werden die Bereiche um die Schulen nun häufiger befahren, um einer möglichen Gefährdung entgegenzuwirken.

Bürgermeister Walther schloss um 20.35 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Walther** um 21.14 Uhr die Sitzung.

Walther
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin